S 4 R 1645/18 ZV zuvor S 2 RS 30/15 zuvor S 16 RS 30/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz – Glaubhaftmachung der Höhe von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Jahresendprämie – Glaubhaftmachung – Mindesthöhe
Leitsätze	Nach Ausschöpfung aller im konkreten Einzelfall gebotenen Ermittlungen kommt in Konstellationen der Glaubhaftmachung des Zuflusses von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien die Glaubhaftmachung von Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes des einzelnen Beschäftigten in Betracht. Dies gilt nur für die Zeit von Juli 1968 bis Dezember 1982 und damit für die Planjahre von 1968 bis 1982.
Normenkette	AAÜG §§ 5 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1, 6 Abs. 6, SGB X § 23 Abs. 1 Satz 2, SGG § 128 Abs. 1 Satz 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 R 1645/18 ZV zuvor S 2 RS 30/15 zuvor S 16 RS 30/15
Datum	08.08.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 R 402/23 ZV
Datum	08.02.2023

3. Instanz

Datum -

1. Die Berufung der Beklagten gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 wird zurÃ¼ckgewiesen.
2. Die Beklagte erstattet dem KlÃ¤ger dessen notwendige auÃ□ergerichtliche Kosten des Berufungsverfahrens in GÃ¤nze.
3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand:

Â

Die Beteiligten streiten â□□ im Rahmen eines Ã□berprÃ¼fungsverfahrens â□□ Ã¼ber die Verpflichtung der Beklagten weitere Entgelte des KlÃ¤gers fÃ¼r Zeiten der ZugehÃ¶rigkeit zur zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in Form von JahresendprÃ¤mien fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983 festzustellen.

Â

Der 1943 geborene KlÃ¤ger ist, nach erfolgreichem Abschluss eines im Zeitraum von September 1966 bis August 1971 berufsbegleitend absolvierten Fachschulstudiums in der Fachrichtung â□□Maschinenbauâ□□ an der Ingenieurschule fÃ¼r Maschinenbau â□□Yâ□¦.â□□ Xâ□¦., seit 27. Juli 1971 berechtigt, die Berufsbezeichnung â□□Ingenieurâ□□ zu fÃ¼hren. Er war vom 1. Juli 1969 bis 30.Â Juni 1990 (sowie darÃ¼ber hinaus) als Mitarbeiter Konstruktion, Konstrukteur fÃ¼r Rationalisierungsmittel und Gruppenleiter Planung und technische Vorbereitung im volkseigenen Betrieb (VEB) Kombinat Wâ□¦. Vâ□¦. Aâ□¦. bzw. im â□□ unmittelbaren Rechtsnachfolgebetrieb â□□ VEB Vâ□¦. Aâ□¦. bzw. im â□□ unmittelbaren Rechtsnachfolgebetrieb â□□ VEB Uâ□¦.-Vâ□¦. Aâ□¦. bzw. im â□□ unmittelbaren Rechtsnachfolgebetrieb â□□ VEB Uâ□¦.-Rechen- und Schreibtechnik Aâ□¦. beschÃ¤ftigt. Er erhielt zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) keine Versorgungszusage und war nicht in ein Zusatzversorgungssystem der Anlage 1 zum Anspruchs- und AnwartschaftsÃ¼berfÃ¼hrungsgesetz (AAÃ□G) einbezogen.

Â

Am 3. April 2002 beantragte der KlÃ¤ger die Ã□berfÃ¼hrung von Zusatzversorgungsanwartschaften und legte â□□ im Laufe des Verfahrens â□□ eine Entgeltbescheinigung der DISOS GmbH vom 5. November 2002 (fÃ¼r den BeschÃ¤ftigungszeitraum vom 1. Juli 1971 bis 31.Â Dezember 1987 und vom 1. Januar 1989 bis 30. Juni 1990) vor. Mit Bescheid vom 2.Â Dezember 2002 stellte die Beklagte die BeschÃ¤ftigungszeiten des KlÃ¤gers vom 1. Juli 1971 bis 30. Juni 1990 als â□□nachgewiesene Zeitenâ□□ der zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (=Â Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum

AAÃG) sowie die in diesen ZeitrÃ¤umen erzielten Arbeitsentgelte, auf der Grundlage der Entgeltbescheinigung der DISOS GmbH vom 5. November 2002 sowie eines fÃ¼r das Jahr 1988 glaubhaft gemachten Entgelts, fest.

Â

Mit ÃberprÃ¼fungsantrag vom 30. April 2014 (Eingang bei der Beklagten am 6. Mai 2014) begehrte der KlÃ¤ger die BerÃ¼cksichtigung von JahresendprÃ¤mien in HÃ¶he von 70 Prozent des Entgeltes des vorangegangenen Kalenderjahres als glaubhaft gemachtes Entgelt bei den festgestellten Arbeitsentgelten. Er legte eine schriftliche ErklÃ¤rung des Zeugen Tâ¦. vom 23. April 2014, wonach der Betrieb in den Jahren von 1969 bis 1990 jÃ¤hrlich regelmÃ¤Ãig JahresendprÃ¤mien an die Mitarbeiter ausgezahlt habe, sowie arbeitsvertragliche Unterlagen vor.

Â

Den ÃberprÃ¼fungsantrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 8. Juli 2014 ab.

Â

Hiergegen legte der KlÃ¤ger mit Schreiben vom 16. Juli 2014 (Eingang bei der Beklagten am 18. Juli 2014) Widerspruch ein und begehrte weiterhin die Anerkennung von JahresendprÃ¤mien.

Â

Mit ErgÃ¤nzungsbescheid vom 7. Oktober 2014 (zum Feststellungsbescheid vom 2.Â Dezember 2002) stellte die Beklagte die Anwendbarkeit von Â§ 1 AAÃG fest.

Â

Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 12. Dezember 2014 als unbegrÃ¼ndet zurÃ¼ck. Zur BegrÃ¼ndung fÃ¼hrte sie aus: Der Zufluss und die HÃ¶he der begehrten weiteren Arbeitsentgelte in Form von JahresendprÃ¤mien sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden. Die HÃ¶he der JahresendprÃ¤mien des Einzelnen sei von einer Vielzahl von Faktoren abhÃ¤ngig gewesen, die heute ohne entsprechende Unterlagen nicht mehr nachvollzogen werden kÃ¶nnten. Eine pauschale BerÃ¼cksichtigung der PrÃ¤mien kÃ¶nne daher nicht erfolgen. Die allgemeine ZeugenerklÃ¤rung sei nicht ausreichend.

Â

Hiergegen erhob der KlÃ¤ger am 8. Januar 2015 Klage zum Sozialgericht Dresden (im Verfahren S 16 RS 30/15) und begehrte zunÃ¤chst die BerÃ¼cksichtigung von JahresendprÃ¤mien fÃ¼r die Zuflussjahre 1975 bis 1990 als glaubhaft gemachte Entgelte. Mit SchriftsÃ¤tzen vom 11. April 2022 und vom 5. September 2022 beschrÃ¤nkte er sein Begehren auf die Zuflussjahre 1976 bis 1983 in einer (jeweils

konkret bezifferten) MindesthÃ¶he.

Â

Im Laufe des Klageverfahrens legte die Beklagte von ihr eingeholte AuskÃ¼nfte des SÃ¤chsischen Hauptstaatsarchivs Dresden vom 29. November 2017 und vom 21. MÃ¤rz 2018 vor, wonach sich im Archivbestand der ehemaligen BeschÃ¤ftigungsbetriebe des KlÃ¤gers keinerlei Unterlagen zu JahresendprÃ¤mien befinden.

Â

Das Sozialgericht Dresden hat â□□ nach Einholung einer schriftlichen Auskunft des Zeugen Tâ□¦. am 29. Juni 2015, Anordnung des Ruhens des Verfahrens mit Beschluss vom 30.Â Oktober 2015 (im Verfahren S 2 RS 30/15) sowie Anordnung der FortfÃ¼hrung des Verfahrens mit VerfÃ¼gung vom 15. November 2018 (im Verfahren S 4 R 1645/18 ZV) â□□ mit Gerichtsbescheid vom 8. August 2023 (im Verfahren S 4 R 1645/18 ZV) die Beklagte, unter Aufhebung des Ã□berprÃ¼fungsablehnungsbescheides vom 8. Juli 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Dezember 2014, verurteilt, den Feststellungbescheid vom 2. Dezember 2002 in der Fassung des ErgÃ¤nzungsbescheides vom 7. Oktober 2014 dahingehend abzuÃ¤ndern, dass fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983 weitere Arbeitsentgelte des KlÃ¤gers wegen zu berÃ¼cksichtigender JahresendprÃ¤mienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe wie folgt festzustellen sind:

FÃ¼r das Jahr: Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â

1976	295,56 Mark
1977	295,56 Mark
1978	257,49 Mark
1979	251,45 Mark
1980	328,45 Mark
1981	341,39 Mark
1982	358,67 Mark
1983	391,72 Mark

Zur BegrÃ¼ndung hat es ausgefÃ¼hrt: Der KlÃ¤ger habe den Zufluss von JahresendprÃ¤mien fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983 dem Grunde nach glaubhaft gemacht. Die HÃ¶he der JahresendprÃ¤mien habe der KlÃ¤ger fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983 auf der Grundlage der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des 5.Â und 7. Senats des SÃ¤chsischen Landessozialgerichts (LSG) in der konkret beantragten MindesthÃ¶he von einem Drittel glaubhaft gemacht.

Â

Gegen den am 8. August 2023 zugestellten Gerichtsbescheid hat die Beklagte am 1.Â September 2023 Berufung eingelegt, mit der sie ihr Begehren nach Klageabweisung weiterverfolgt. Zur BegrÃ¼ndung fÃ¼hrt sie aus: Das Sozialgericht verletze mit seiner Entscheidung die Vorschriften der Â§Â§ 6 Abs. 1, 8 Abs. 1 AAÃG. Sie halte den rechtlichen Ansatz des Sozialgerichts, JahresendprÃ¤mien in einer MindesthÃ¶he zu bestimmen, fÃ¼r rechtsfehlerhaft. Die angefochtene Entscheidung lehne sich inhaltlich und teilweise wortwÃ¶rtlich voll und ganz an die â€Mindest-JEPâ€-Judikatur des ehemals 5., jetzt 7. Senats des Berufungsgerichts an. Mit seiner â€Mindest-JEPâ€-Rechtsprechung vertrete der 7. Senat des Berufungsgerichts einen isolierten Rechtsstandpunkt. Die GewÃ¤hrung einer JahresendprÃ¤mie in einer MindesthÃ¶he sei rechtlich nicht zulÃ¤ssig. Die PrÃ¤mienverordnungen der DDR hÃ¤tten keine individuelle MindesthÃ¶he einer JahresendprÃ¤mie vorgesehen. Das unzulÃ¤ssige SchÃ¤tzergebnis wÃ¼rde nur mit einem anderen Namen versehen. Die bloÃ einfache MÃ¶glichkeit, dass den Anspruchsstellern Arbeitsentgelt im Minimum zugeflossen sei, genÃ¼ge keinesfalls. Ein solches Ergebnis beruhe hauptsÃ¤chlich auf Annahmen. Die Vorgehensweise des 5. und 7.Â Senats des SÃ¤chsischen LSG sei mit den rechtlichen Regularien unvereinbar. So habe sich der 4.Â Senat des SÃ¤chsischen LSG nun auch â€rechtsfÃ¶rmlichâ€ mit seinen Entscheidungen vom 21. April 2020 (in den Verfahren L 4 R 703/19 ZV und L 4 R 461/19 ZV) gegen die â€Mindest-JEPâ€-Judikatur des 7.Â Senats des SÃ¤chsischen LSG gestellt. Ebenso habe sich bereits das Bayerische LSG â€als erstes Obergerichtâ€ mit rechtskrÃ¤ftigem Urteil vom 24. Oktober 2019 (im Verfahren L 1 RS 2/16) positioniert. Im Ãbrigen habe das LSG Berlin/Brandenburg mit Urteilen vom 10. MÃ¤rz 2022 (im Verfahren L 17 R 471/19) und vom 24. MÃ¤rz 2022 (im Verfahren L 17 R 360/19) sowie das ThÃ¼ringer LSG mit Urteilen vom 14. September 2022 (im Verfahren L 3 R 332/19) und vom 27.Â September 2023 (im Verfahren L 12 R 559/20) ihre Ansicht gestÃ¤rkt, sodass sie sich deren BegrÃ¼ndungen zu eigen mache. Zudem gehe das Sozialgericht fehl, wenn es fÃ¼r die Anspruchsjahre 1975 bis 1977 auf einen betriebskollektivvertraglich geregelten JahresendprÃ¤mienanspruch dem Grunde nach abstelle, weil es hierfÃ¼r nicht auf die Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches, mit Inkrafttreten am 1. Januar 1978, abstellen kÃ¶nne und das bis zum 31. Dezember 1977 geltende Arbeitsgesetzbuch keine gesetzlich verankerten zwingenden Festlegungen zur JahresendprÃ¤mie enthalten habe. Es sei daher fÃ¼r die Anspruchsjahre 1975 bis 1977 weder durch den KlÃ¤ger noch durch das bis zum 31. Dezember 1977 geltende Arbeitsgesetzbuch nachgewiesen oder glaubhaft gemacht worden, dass tatsÃ¤chlich BetriebskollektivvertrÃ¤ge vereinbart worden seien, in denen die Zahlung von JahresendprÃ¤mien vorgesehen gewesen seien.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

Der KlÃ¤ger beantragt,

Â

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Â

Zur BegrÃ¼ndung fÃ¼hrt er aus: Die Entscheidung des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 sei nicht zu beanstanden. Sie entsprÃ¤che in vollem Umfang den GrundsÃ¤tzen der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des 7. Senates des SÃ¤chsischen LSG zur BerÃ¼cksichtigung von Mindest-JahresendprÃ¤mien als glaubhaft gemachtes Entgelt nach Â§ 6 Abs. 6 AAÃG. Diese Rechtsprechung des 7. Senats des SÃ¤chsischen LSG sei nunmehr durch die BeschlÃ¼sse des Bundessozialgerichts (BSG) vom 7. September 2023 (unter anderem im Verfahren BÂ 5 RS 6/23 B) bestÃ¤tigt worden.

Â

Der Senat hat arbeitsvertragliche Unterlagen des KlÃ¤gers beigezogen.

Â

Mit SchriftsÃ¤tzen vom jeweils 22. Dezember 2023 haben die Beteiligten jeweils ihr EinverstÃ¤ndnis zur Entscheidung des Rechtsstreits durch Urteil ohne mÃ¼ndliche Verhandlung erklÃ¤rt.

Â

Dem Senat haben die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Gerichtsakten beider RechtszÃ¼ge vorgelegen. Zur ErgÃ¤nzung des Sach- und Streitstandes wird hierauf insgesamt Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Â

I.

Der Senat konnte ohne mÃ¼ndliche Verhandlung durch Urteil entscheiden, weil die Beteiligten sich hiermit einverstanden erklÃ¤rt haben (Â§ 153 Abs. 1 in Verbindung mit Â§ 124 Abs.Â 2 des Sozialgerichtsgesetzes [SGG]).

Â

II.

Die statthafte und zulÃ¤ssige Berufung der Beklagten ist unbegrÃ¼ndet, weil das Sozialgericht Dresden die Beklagte mit Gerichtsbescheid vom 8. August 2023 zu Recht verurteilt hat, die dem KlÃ¤ger in den Jahren 1976 bis 1983, in den konkret ausgeurteilten HÃ¶hen, zugeflossenen JahresendprÃ¤mienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe festzustellen. Insoweit schlieÃt sich der Senat nach ÃberprÃ¼fung den GrÃ¼nden im angefochtenen Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 an und nimmt darauf zur Vermeidung von Ã¼berflÃ¼ssigen Wiederholungen zunÃ¤chst vollstÃ¤ndig Bezug (Â§Â 153 Abs.Â 2 SGG).

Â

ErgÃ¤nzend ist jedoch Folgendes auszufÃ¼hren:

Â

Â

Â

1.

Das Sozialgericht Dresden hat im vorliegenden konkreten Fall die von der Beklagten abschÃ¤tzig als sog. âMindest-JEPâ-Rechtsprechung bezeichnete stÃ¤ndige Rechtsprechung des 5. und 7. Senats des SÃ¤chsischen LSG zutreffend fÃ¼r die, nach der KlagebeschrÃ¤nkung in den SchriftsÃ¤tzen des KlÃ¤ger-ProzessbevollmÃ¤chtigten vom 11. April 2022 und vom 5.Â September 2022 nur noch streitgegenstÃ¤ndlichen Zuflussjahre 1976 bis 1983 zu Grunde gelegt. Der angefochtene Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 entspricht der â sowohl der Beklagten als auch dem KlÃ¤ger-ProzessbevollmÃ¤chtigten hinlÃ¤nglich bekannten â stÃ¤ndigen Rechtsprechung des 5. Senats des SÃ¤chsischen LSG, der sich der 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG vollinhaltlich angeschlossen hat. Auf die bekannten und jeweils vollstÃ¤ndig in JURIS verÃ¶ffentlichten Entscheidungen des 5. und des 7. Senats des SÃ¤chsischen LSG wird lediglich der VollstÃ¤ndigkeit halber hingewiesen:

- Urteil vom 18. Juli 2017 im Verfahren L 5 RS 160/16,
- Urteile vom 14.Â August 2017 in den Verfahren L 5 RS 805/15, L 5 RS 965/15, LÂ 5Â RSÂ 996/15 und L 5 RS 1076/15,
- Urteile vom 7. November 2017 in den Verfahren L 5 RS 436/16, L 5 RS 470/16 und LÂ 5 RS 688/17,
- Urteil vom 21. November 2017 im Verfahren L 5 RS 38/16,
- Urteil vom 5. Dezember 2017 im Verfahren L 5 RS 815/16,
- Urteil vom 13. Februar 2018 im Verfahren L 5 RS 860/16,

- Urteil vom 13. MÃ¤rz 2018 im Verfahren L 5 RS 826/16,
- Urteile vom 27.Â MÃ¤rz 2018 in den Verfahren LÂ 5 RS 278/16, L 5 RS 845/16 und LÂ 5Â RS 15/17,
- Urteile vom 24. April 2018 in den Verfahren L 5 RS 882/16, L 5 RS 895/16, LÂ 5Â RSÂ 16/17, LÂ 5 RS 25/17 und L 5 RS 26/17,
- Urteile vom 22. Mai 2018 in den Verfahren L 5 RS 478/17 und L 5 RS 502/17,
- Urteile vom 5. Juni 2018 in den Verfahren L 5 RS 236/17 und L 5 RS 500/17,
- Urteile vom 19. Juni 2018 in den Verfahren L 5 RS 322/17, L 5 RS 440/17 und LÂ 5Â RSÂ 507/17,
- Urteile vom 3. Juli 2018 in den Verfahren L 5 RS 816/16, L 5 RS 506/17, LÂ 5Â RSÂ 511/17, L 5 RS 512/17 und L 5 RS 514/17,
- Urteile vom 28. August 2018 in den Verfahren L 5 RS 535/17, L 5 RS 540/17, LÂ 5Â RSÂ 542/17 und L 5 RS 547/17,
- Urteil vom 25. September 2018 im Verfahren L 5 RS 580/17,
- Urteile vom 6. November 2018 in den Verfahren L 5 RS 492/17, L 5 RS 706/17 und LÂ 5 RS 870/17,
- Urteile vom 4. Dezember 2018 in den Verfahren L 5 RS 509/17 und L 5 RS 920/17,
- Urteil vom 18. Dezember 2018 im Verfahren L 5 RS 720/17,
- Urteil vom 15. Januar 2019 im Verfahren L 5 RS 955/17,
- Urteil vom 12. MÃ¤rz 2019 im Verfahren L 5 R 98/18 ZV,
- Urteil vom 23. April 2019 im Verfahren L 5 R 255/18 ZV,
- Urteile vom 7. Mai 2019 in den Verfahren L 5 R 258/18 ZV und L 5 R 498/18 ZV,
- Urteil vom 21. Mai 2019 im Verfahren L 5 R 196/18 ZV,
- Urteile vom 16. Juli 2019 in den Verfahren L 5 R 700/18 ZV und L 5 R 755/18 ZV,
- Urteile vom 24. Oktober 2019 in den Verfahren L 7 R 645/18 ZV und L 7 R 98/19 ZV,
- Urteile vom 16. Januar 2020 in den Verfahren L 7 R 160/19 ZV, L 7 R 310/19 ZV und L 7 R 314/19 ZV,
- Urteil vom 12. MÃ¤rz 2020 im Verfahren L 7 R 615/19 ZV,
- Urteile vom 23. April 2020 in den Verfahren L 7 R 525/19 ZV, L 7 R 742/19 ZV, L 7 R 765/19 ZV und L 7 R 766/19 ZV,
- Urteile vom 4. Juni 2020 in den Verfahren L 7 R 658/19 ZV und L 7 R 62/20 ZV,
- Urteile vom 8. Oktober 2020 in den Verfahren L 7 R 778/19 ZV, L 7 R 132/20 ZV, LÂ 7 R 140/20 ZV und L 7 R 272/20 ZV,
- Urteile vom 25. Februar 2021 in den Verfahren L 7 R 472/20 ZV, L 7 R 476/20 ZV und L 7 R 542/20 ZV,
- Urteil vom 22. April 2021 im Verfahren L 7 R 750/20 ZV,
- Urteile vom 9. September 2021 in den Verfahren L 7 R 21/21 ZV, L 7 R 229/21 ZV, L 7 R 256/21 ZV und L 7 R 293/21 ZV,
- Urteile vom 4. November 2021 in den Verfahren L 7 R 193/21 ZV, L 7 R 280/21 ZV, L 7 R 307/21 ZV und L 7 R 339/21 ZV,
- Urteile vom 27. Januar 2022 in den Verfahren L 7 R 260/21 ZV und L 7 R 507/21 ZV,
- Urteil vom 10. MÃ¤rz 2022 im Verfahren L 7 R 525/21 ZV,

- Urteile vom 7. April 2022 in den Verfahren L 410/21 ZV und L 7 R 533/21 ZV,
- Urteile vom 5. Mai 2022 in den Verfahren L 7 R 553/21 ZV, L 7 R 587/21 ZV und LÂ 7 R 44/22 ZV,
- Urteil vom 16. Juli 2022 im Verfahren L 7 R 76/22 ZV,
- Urteile vom 8. September 2022 in den Verfahren L 7 R 31/22 ZV, L 7 R 108/22 ZV, L 7 R 113/22 ZV, L 7 R 119/22 ZV, L 7 R 144/22 ZV und L 7 R 148/22 ZV,
- Urteile vom 6. Oktober 2022 in den Verfahren L 7 R 139/22 ZV, L 7 R 172/22 ZV, L 7 R 180/22 ZV und L 7 R 186/22 ZV,
- Urteile vom 15. Dezember 2022 in den Verfahren L 7 R 240/22 ZV und L 7 R 297/22 ZV,
- Urteile vom 26. Januar 2023 in den Verfahren L 7 R 203/22 ZV und L 7 R 264/22 ZV,
- Urteil vom 9. MÃ¤rz 2023 im Verfahren L 7 R 488/22 ZV,
- Urteile vom 6. April 2023 in den Verfahren L 7 R 486/22 ZV, L 7 R 510/22 ZV, L 7 R 520/22 ZV und L 7 R 527/22 ZV,
- Urteil vom 22. Mai 2023 im Verfahren L 7 R 404/22 ZV sowie
- Urteile vom 29. Juni 2023 in den Verfahren L 7 R 552/22 ZV und L 7 R 50/23 ZV.

Â

Der angefochtene Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 8. August 2023 entspricht dabei â□□ im Gegensatz zu anderen erstinstanzlichen Entscheidungen â□□ nicht nur im Abstrakten dieser stÃ¤ndigen Rechtsprechung des 5. Senats des SÃ¤chsischen LSG, der sich der 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG vollinhaltlich angeschlossen hat, sondern â□□ wenngleich in den UrteilsgrÃ¼nden nur knapp erwÃ¤hnt â□□ auch im Konkreten. Jedenfalls die erforderlichen Ermittlungsanstrengungen hat das Sozialgericht Dresden geleistet. Denn der konkrete Einzelfall â□□ und nur um diesen geht es jeweils â□□ wurde vom Sozialgericht Dresden dabei â□□ sowohl was die Ermittlungen als auch was deren WÃ¼rdigung anbelangt â□□ konkret in den Blick genommen. Im vorliegenden Fall liegen

1. eine konkrete individuelle Zeugenaussage eines Arbeitskollegen des KlÃ¤gers, Tâ□¦., bezogen auf den konkreten streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum vor, in der der Zufluss von JahresendprÃ¤mien dem Grunde nach an den KlÃ¤ger glaubhaft bestÃ¤tigt wird, sowie
2. arbeitsvertragliche Unterlagen des KlÃ¤gers vor (ArbeitsÃ¤nderungsvertrÃ¤ge vom 3.Â August 1981 und vom 17. Februar 1982; Arbeitszeugnis vom 12. Juni 1991), die Auskunft Ã¼ber dessen individuelle Arbeitsleistungen geben und plausibel bestÃ¤tigen, dass der KlÃ¤ger die ihm Ã¼bertragenen Aufgaben stets hervorragend erledigte, sodass sich keinerlei berechtigte Zweifel an der ErfÃ¼llung der vorgegebenen Leistungskriterien aufdrÃ¤ngen und daher Nichtauszahlungen der JahresendprÃ¤mien wegen unertrÃ¤glich schlechter Arbeitsleistungen des KlÃ¤gers ausgeschlossen sind.

Â

Diese Hinweistatsachen finden zudem ihre BestÃ¤tigung durch die vom Berufungsgericht ergÃ¤nzend angestellten Ermittlungen. Denn auch aus den ergÃ¤nzend beigezogenen arbeitsvertraglichen Unterlagen des KlÃ¤gers (Leistungsbeurteilungen vom 5. April 1978, vom 14.Â Februar 1982 und vom 11. Februar 1985; LeistungseinschÃ¤tzung vom 18. Februar 1988) ergibt sich, dass der KlÃ¤ger die ihm Ã¼bertragenen Aufgaben stets hervorragend erledigte, sodass sich keinerlei berechtigte Zweifel an der ErfÃ¼llung der vorgegebenen Leistungskriterien aufdrÃ¤ngen und daher Nichtauszahlungen der JahresendprÃ¤mien wegen unertrÃ¤glich schlechter Arbeitsleistungen des KlÃ¤gers ausgeschlossen sind.

Â

2.

Soweit die Beklagte im konkreten Verfahren erneut ausfÃ¼hrt, mit der Rechtsprechung des 5. Senats des SÃ¤chsischen LSG, der sich der 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG vollinhaltlich angeschlossen hat, nicht konform zu gehen und meint, die GewÃ¤hrung einer JahresendprÃ¤mie in einer MindesthÃ¶he sei rechtlich nicht zulÃ¤ssig, da die PrÃ¤mienverordnungen der DDR keine individuelle MindesthÃ¶he einer JahresendprÃ¤mie vorgesehen hÃ¤tten und nur auf Annahmen beruhen wÃ¼rde, kann nur erneut und wiederholt auf Folgendes hingewiesen werden:

Â

FÃ¼r die ZeitrÃ¤ume der Geltung

- der â□□Verordnung Ã¼ber die Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinaten, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen fÃ¼r die Jahre 1969 und 1970â□□ (nachfolgend: PrÃ¤mienfond-VO 1968) vom 26. Juni 1968 (DDR-GBl. II 1968, Nr. 67, S. 490) in der Fassung der â□□Zweiten Verordnung Ã¼ber die Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinaten, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen fÃ¼r die Jahre 1969 und 1970â□³ (nachfolgend: 2. PrÃ¤mienfond-VO 1968) vom 10. Dezember 1969 (DDR-GBl. II 1969, Nr.Â 98, S.Â 626),
- der â□□Verordnung Ã¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds und des Kultur- und Sozialfonds fÃ¼r das Jahr 1971â□□ (nachfolgend: PrÃ¤mienfond-VO 1971) vom 20. Januar 1971 (DDR-GBl. II 1971, Nr. 16, S. 105) und
- der â□□Verordnung Ã¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds und des Kultur- und Sozialfonds fÃ¼r volkseigene Betriebe im Jahre 1972â□□ (nachfolgend: PrÃ¤mienfond-VO 1972) vom 12. Januar 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 5, S.Â 49) in der Fassung der Bekanntmachung

vom 28.Â November 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 70, S. 810) sowie in der Fassung der â□□Zweiten Verordnung Ã¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds und des Kultur- und Sozialfonds fÃ¼r volkseigene Betriebeâ□□ (nachfolgend: 2. PrÃ¤mienfond-VO 1973) vom 21.Â Mai 1973 (DDR-GBl. I 1973, Nr.Â 30, S. 293), mit der die Weitergeltung der PrÃ¤mienfond-VO 1972 Ã¼ber das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurde,

von Juli 1968 bis Dezember 1982 (also bis zum Inkrafttreten der â□□Verordnung Ã¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds fÃ¼r volkseigene Betriebeâ□□ [nachfolgend: PrÃ¤mienfond-VO 1982] vom 9. September 1982 [DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S.Â 595] am 1.Â Januar 1983) kommt eine Glaubhaftmachung der HÃ¶he von dem Grunde nach glaubhaft gemachten JahresendprÃ¤mien in einer MindesthÃ¶he in Betracht.

Â

FÃ¼r diese ZeitrÃ¤ume legten

- Â§ 9 Abs. 7 PrÃ¤mienfond-VO 1968,
- Â§ 12 Nr. 6 Satz 1 PrÃ¤mienfond-VO 1971 und
- Â§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 PrÃ¤mienfond-VO 1972

nÃ¤mlich verbindlich fest, dass der PrÃ¤mienfond (auch) bei leistungsgerechter Differenzierung der JahresendprÃ¤mie ermÃ¶glichen musste, dass die MindesthÃ¶he der JahresendprÃ¤mie des einzelnen WerktÃ¤tigen ein Drittel seines (durchschnittlichen) Monatsverdienstes betrug. Diese MindesthÃ¶he der an den einzelnen WerktÃ¤tigen zu zahlenden JahresendprÃ¤mie durfte nach Â§ 12 Nr. 6 Satz 2 PrÃ¤mienfond-VO 1971 und Â§ 6 Abs. 1 Nr. 2 SatzÂ 2 und 3 PrÃ¤mienfond-VO 1972 nur dann unterschritten werden, wenn der WerktÃ¤tige nicht wÃ¤hrend des gesamten Planjahres im Betrieb tÃ¤tig war und einer der AusnahmefÃ¤lle des Â§ 5 Abs. 1 Satz 1 der 1. DB zur PrÃ¤mienfond-VO 1972 vorlag. Diese Regelungen bestÃ¤tigen damit, insbesondere durch die Formulierung, dass die fÃ¼r â□□diese WerktÃ¤tigen zu zahlende â□¦ JahresendprÃ¤mie â□¦ die MindesthÃ¶he von einem Drittel eines monatlichen Durchschnittsverdienstesâ□□ nur in AusnahmefÃ¤llen unterschreiten konnte, dass die Vorschriften an eine individuelle und nicht an eine generelle MindesthÃ¶he des JahresendprÃ¤mienbetrages des einzelnen WerktÃ¤tigen anknÃ¼pften. Diese maÃ□geblichen DDR-rechtlichen Regelungen sind im hier vorliegenden Zusammenhang der JahresendprÃ¤mienhÃ¶he des einzelnen WerktÃ¤tigen daher als â□□generelle AnknÃ¼pfungstatsachenâ□□ bzw. als â□□generelle Tatsachenâ□□ heranzuziehen (vgl. zu diesem Aspekt beispielsweise: BSG, Urteil vom 30.Â Oktober 2014 â□□ B 5 RS 2/13 R â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 â□□ B 5 RS 2/18 R â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) und bestÃ¤tigen â□□ im Zeitraum ihrer Geltung â□□ zumindest eine individuelle MindesthÃ¶he des JahresendprÃ¤mienbetrages jedes einzelnen WerktÃ¤tigen, der die Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach erfÃ¼llte. Soweit die Beklagte meint, bei dem in den vorbenannten Vorschriften enthaltenen Mindestbetrag der JahresendprÃ¤mie habe es sich lediglich um einen statistischen Wert bzw. um eine betriebliche Kennziffer gehandelt, die keine auf den

einzelnen WerktÃ¤tigen bezogene Individualisierung beinhaltet habe, trifft dies ausweislich des eindeutigen Wortlauts der Regelungen, des systematischen Zusammenhangs der Vorschriften sowie des Sinnes und Zwecks der Normen nicht zu. Denn die Regelungen knÃ¼pfen nicht an einen â durchschnittlichen Monatsverdienstâ bzw. an einen â monatlichen Durchschnittsverdienstâ aller BeschÃ¤ftigten des Betriebes sondern an den â durchschnittlichen Monatsverdienstâ bzw. â monatlichen Durchschnittsverdienstâ des, also des einzelnen, WerktÃ¤tigen an (Â§ 6 Abs. 1 Nr.Â 2 Satz 3 PrÃ¤mienfond-VO 1972) bzw. regeln ausdrÃ¼cklich, dass â die MindesthÃ¶he der JahresendprÃ¤mie fÃ¼r den einzelnen WerktÃ¤tigenâ ein Drittel des, also des einzelnen, monatlichen Durchschnittsverdientes zu betragen hatte (Â§ 12 Nr.Â 6 Satz 1 PrÃ¤mienfond-VO 1971). Der durchschnittliche Monatsverdienst bzw. der monatliche Durchschnittsverdienst â der sich nach Â§Â 5 Abs. 3 der 1. DB zur PrÃ¤mienfond-VO 1972 nach der â Verordnung Ã¼ber die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und Ã¼ber die Lohnzahlungâ (nachfolgend: 1.Â Durchschnittsentgelt-VO) vom 21.Â Dezember 1961 (DDR-GBl. II 1961, Nr. 83, S. 551, berichtigt in DDR-GBl. II 1962, Nr.Â 2, S. 11) in der Fassung der â Zweiten Verordnung Ã¼ber die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und Ã¼ber die Lohnzahlungâ (nachfolgend: 2.Â Durchschnittsentgelt-VO) vom 27. Juli 1967 (DDR-GBl. II 1967, Nr. 73, S. 511, berichtigt in DDR-GBl. II 1967, Nr.Â 118, S. 836) richtete â war stets eine individuelle und gerade keine generelle (etwa alle BeschÃ¤ftigten in ihrer Gesamtheit erfassende) BezugsgrÃ¶Ãe. Zutreffend ist zwar, wie auch die Beklagte vortrÃ¤gt, dass ein grundsÃ¤tzlicher Rechtsanspruch des einzelnen WerktÃ¤tigen auf eine PrÃ¤mierung in Form von JahresendprÃ¤mie nur dann bestanden hat, wenn es der PrÃ¤mienfonds ermÃ¶glichte, mindestens ein Drittel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes fÃ¼r diese Form der materiellen Interessiertheit zur VerfÃ¼gung zu stellen. Zutreffend ist auch, wie die Beklagte weiterhin vortrÃ¤gt, dass Voraussetzung dafÃ¼r war, dass WerktÃ¤tige einen Rechtsanspruch auf die LeistungsprÃ¤mienart â JahresendprÃ¤mieâ dem Grunde nach hatten, dass der Betrieb erarbeitete PrÃ¤mienmittel zumindest in diesem Umfang fÃ¼r die JahresendprÃ¤mie bereitstellte. Dass der konkrete betriebliche PrÃ¤mienfond des BeschÃ¤ftigungsbetriebes des KlÃ¤gers in den betroffenen JahresendprÃ¤mienjahren diese Voraussetzungen konkret erfÃ¼llte, ist im konkreten Fall aber hinreichend tatsÃ¤chlich glaubhaft gemacht worden, weil der KlÃ¤ger sÃ¤mtliche konkrete Voraussetzungen fÃ¼r einen Rechtsanspruch auf JahresendprÃ¤mie in den streitgegenstÃ¤ndlichen JahresendprÃ¤mienjahren erfÃ¼llte. Die Beklagte verwischt mit ihrer Argumentation, dass die Anspruchsvoraussetzungen im konkreten Einzelfall dem Grunde nach vollstÃ¤ndig glaubhaft gemacht worden sind, wenn sie meint, eine Glaubhaftmachung der HÃ¶he nach von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes kÃ¤me nicht in Betracht, weil unklar geblieben sei, ob der PrÃ¤mienfond den Mindestbetrag in der MindesthÃ¶he Ã¼berhaupt zur VerfÃ¼gung gestellt habe bzw. ob der Betrieb erarbeitete PrÃ¤mienmittel im Mindestumfang Ã¼berhaupt fÃ¼r die JahresendprÃ¤mie bereitgestellt habe, mithin, ob der KlÃ¤ger dem Grunde nach Ã¼berhaupt Anspruch auf JahresendprÃ¤mien gehabt habe. Deshalb beinhaltet die Argumentation der Beklagten einen unzulÃ¤ssigen, und deshalb unbeachtlichen, Zirkelschluss (sog.Â petitio principii).

Â

FÃ¼r den Zeitraum ab dem Planjahr 1983 unter Geltung der am 1. Januar 1983 in Kraft getretenen PrÃ¤mienfond-VO 1982 kann ein derartiges oder Ã¤hnliches Ergebnis im Hinblick auf einen individuellen Mindestbetrag einer JahresendprÃ¤mie nicht mehr festgestellt werden. Die PrÃ¤mienfond-VO 1982 legte einen Mindestbetrag oder eine berechenbare MindesthÃ¶he der JahresendprÃ¤mie des einzelnen WerktÃ¤tigen nicht mehr fest. Â§ 9 Abs. 3 Satz 5 PrÃ¤mienfond-VO 1982 bestimmte vielmehr nur noch, dass die einzelnen WerktÃ¤tigen (bei ErfÃ¼llung der fÃ¼r sie festgelegten Leistungskriterien und bei ErfÃ¼llung und Ãbererfüllung der fÃ¼r den einzelnen Betrieb festgelegten Leistungsziele) eine JahresendprÃ¤mie annÃ¤hernd in gleicher HÃ¶he wie im Vorjahr erhalten sollten. Damit wurde in der PrÃ¤mienfond-VO 1982 abweichend von den bisherigen Regelungen der PrÃ¤mienfond-VOâen 1968, 1971 und 1972 weder eine MindesthÃ¶he noch eine zwingende Mindestvorgabe festgeschrieben. Insbesondere die Verwendung des Verbs âsollenâ in der vorbezeichneten Vorschrift verdeutlicht, dass zwingende oder aus bundesrechtlicher Sicht âjustiziableâ MindestbetrÃ¤ge nicht vorgegeben waren, die als generelle AnknÃ¼pfungstatsachen gewertet werden kÃ¶nnten. Auch eine âstatische Fortschreibungâ der zuletzt im Planjahr 1982 unter der Geltung der PrÃ¤mienfond-VO 1972 ausgezahlten JahresendprÃ¤mie des Einzelnen war damit nicht verbunden.

Â

Soweit sich die Beklagte im Ãbrigen auf die Urteile des â seit 1. Juni 2021 nicht mehr fÃ¼r das Recht der Zusatzversorgung zustÃ¤ndigen â 4. Senats des SÃ¤chsischen LSG vom 21.Â April 2020 in den Verfahren L 4 R 703/19 ZV (JURIS-Dokument, RdNr.Â 60) und L 4 R 461/19 ZV (JURIS-Dokument, RdNr. 63) bezieht, ist darauf hinzuweisen, dass der erkennende Senat â trotz Ãberprüfung â keinen Anlass sieht seine begrÃ¼ndete und ausgewogene Rechtsauffassung aufzugeben oder abzuÃ¤ndern. Denn die von der Beklagten zitierten Urteile des 4.Â Senats des SÃ¤chsischen LSG setzen sich mit der eingehend begrÃ¼ndeten Argumentation des 5. und 7. Senats des SÃ¤chsischen LSG nicht auseinander, sondern gehen lediglich vom Gegenteil aus und weisen noch dazu darauf hin, dass diese Rechtsfrage in den dort entschiedenen FÃ¤llen gerade nicht entscheidungstragend war (wÃ¶rtlich heiÃt es dort: âunabhÃ¤ngig von der Rechtsfrage, ob die PrÃ¤mien-Verordnungen â wie vom 5. Senat des SÃ¤chsischen LSG und dem Sozialgericht angenommen â in den vorliegend streitigen Zuflussjahren von 1977 bis 1983 Ã¼berhaupt als ausreichende Rechtsgrundlage fÃ¼r einen Rechtsanspruch auf Auszahlung von JahresendprÃ¤mien an den einzelnen WerktÃ¤tigen in einer gesetzlich bestimmten HÃ¶he herangezogen werden kÃ¶nnen, â¦â). Im Ãbrigen behandelt der erkennende Senat die PrÃ¤mienverordnungen der DDR auch nicht â wie die Beklagte meint â âals Rechtsgrundlage fÃ¼r die Auszahlung der JahresendprÃ¤mien an den einzelnen WerktÃ¤tigenâ; der Auszahlungsanspruch ergibt sich allein aus Â§Â 117 Abs.Â 1 des âArbeitsgesetzbuches der DDRâ [nachfolgend: DDR-AGB] vom 16.Â Juni 1977 [DDR-GBl. I 1977, Nr. 18, S.Â 185]); insoweit besteht auch keinerlei Divergenz zur Rechtsansicht des 4.Â Senats des

SÃ¤chsischen LSG. Gegenteiliges ergibt sich auch nicht aus dem von der Beklagten angefÃ¼hrten Urteil des Bayerischen LSG vom 24. Oktober 2019 im Verfahren LÂ 1 RS 2/16 (JURIS-Dokument). Denn auch in diesem wird â□□ neben dem lediglich fast zehnseitigem â□□Abschreibenâ□□ aus den Urteilen des 5. und 7. Senats des SÃ¤chsischen LSG â□□ nur angefÃ¼hrt, dass die PrÃ¤mienverordnungen keinen konkreten individuellen Anspruch des einzelnen BeschÃ¤ftigten vermitteln. Davon geht â□□ nochmals â□□ auch der erkennende Senat aus. Die PrÃ¤mienverordnungen werden vom erkennenden Senat lediglich als â□□generelle AnknÃ¼pfungstatsachenâ□□ bzw.Â als â□□generelle Tatsachenâ□□ (vgl. zu diesem Aspekt nochmals: BSG, Urteil vom 30.Â Oktober 2014 â□□ B 5 RS 2/13 R â□□ JURIS-Dokument, RdNr.Â 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 â□□ B 5 RS 2/18 R â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) fÃ¼r die JahresendprÃ¤mienhÃ¶he des einzelnen WerktÃ¤tigen herangezogen, wenn und soweit dieser einzelne WerktÃ¤tige im konkreten Verfahren aufgrund individueller UmstÃ¤nde glaubhaft gemacht hat, dass er im jeweils konkreten JahresendprÃ¤mienjahr die Anspruchsvoraussetzungen nach Â§Â 117 Abs. 1 DDR-AGB konkret erfÃ¼llt hatte. Einen â□□Rechtsanspruch des einzelnen WerktÃ¤tigen auf eine PrÃ¤mierung in Form von JahresendprÃ¤mien aus den PrÃ¤mienverordnungenâ□□ nimmt der erkennende Senat â□□ entgegen der wiederholten Behauptungen der Beklagten â□□ weder an, noch leitet er ihn hieraus ab. Die PrÃ¤mienverordnungen dienen lediglich als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der HÃ¶he bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach. Aus diesen â□□ bereits aufgezeigten â□□ GrÃ¼nden kann die Beklagte auch nicht mit ihrem Hinweis auf die Urteile des LSG Berlin/Brandenburg vom 10. MÃ¤rz 2022 im Verfahren L 17 R 471/19 (JURIS-Dokument, RdNr.Â 33 ff.) und vom 24.Â MÃ¤rz 2022 im Verfahren L 17 R 360/19 (JURIS-Dokument, RdNr.Â 37 ff.) sowie auf die Urteile des ThÃ¼ringer LSG vom 14. September 2022 im Verfahren L 3 R 332/19 (JURIS-Dokument, RdNr.Â 42) und vom 27. September 2023 im Verfahren L 12 R 559/20 (bislang nicht verÃ¶ffentlicht) durchdringen. Denn â□□ wie bereits dargelegt â□□ handelt es sich bei der vom erkennenden Senat angewandten Heranziehung der PrÃ¤mienverordnungen (als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der HÃ¶he bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach) nicht um eine â□□ wie vom LSG Berlin/Brandenburg und vom ThÃ¼ringer LSG behauptete â□□ â□□konservative SchÃ¤tzung der HÃ¶he der JahresendprÃ¤mieâ□□.

Â

Im Ã□brigen hat zwischenzeitlich auch das BSG zur streitgegenstÃ¤ndlichen Thematik ausgefÃ¼hrt, dass

1. hinsichtlich der JahresendprÃ¤mien der abgesenkte BeweismaÃ□stab der Glaubhaftmachung auch Anwendung finden kann, wenn â□□ wie im hier vorliegenden Fall â□□ zum Beispiel das monatlich erzielte Arbeitsentgelt des KlÃ¤gers als â□□ein Teilâ□□ des Verdienstes bereits nachgewiesen ist. Danach ist es auch denkbar, dass der Tatrichter die HÃ¶he der gezahlten JahresendprÃ¤mie nur bis zu einem bestimmten Betrag fÃ¼r glaubhaft gemacht hÃ¤lt, wÃ¤hrend ein darÃ¼berhinausgehender Betrag nicht glaubhaft gemacht, sondern zum Beispiel nur fÃ¼r mÃ¶glich gehalten oder sogar als gÃ¤nzlich ausgeschlossen angesehen wird. Innerhalb eines

zahlenmÃ¤Ãig teilbaren Geldbetrags ist es gerade nicht ausgeschlossen, nur fÃ¼r einen betragsmÃ¤Ãigen Anteil die Voraussetzungen des nach Â§ 6 Abs. 6 AAÃG abgesenkten Beweisgrades zu bejahen. Dadurch wird auch nicht der BeweismaÃstab im Sinne einer SchÃ¤tzungswahrscheinlichkeit vermindert, wie in den von der Beklagten immer wieder zitierten gegenteiligen landessozialgerichtlichen Entscheidungen behauptet wird (so beispielsweise: LSG Berlin/Brandenburg, Urteil vom 10. MÃ¤rz 2022 â L 17 R 471/19 â JURIS-Dokument, RdNr. 33; LSG Berlin/Brandenburg, Urteil vom 24. MÃ¤rz 2022 â L 17 R 360/19 â JURIS-Dokument, RdNr.Â 37; ThÃ¼ringer LSG, Urteil vom 14. September 2022 â L 3 R 332/19 â JURIS-Dokument, RdNr. 42). Es wird vielmehr der in Â§Â 6 Abs.Â 6 AAÃG vorgesehene BeweismaÃstab angewendet und dabei nur ein Teilbetrag als glaubhaft gemacht angesehen. Nach dem Wortlaut des Â§ 6 Abs. 6 AAÃG muss es auch nicht Ã¼berwiegend wahrscheinlich sein, dass eine JahresendprÃ¤mie âausschlieÃlichâ in HÃ¶he der âMindest-JahresendprÃ¤mieâ gezahlt worden ist, wie in weiteren von der Beklagten immer wieder zitierten gegenteiligen landessozialgerichtlichen Entscheidungen behauptet wird (so beispielsweise: SÃ¤chsisches LSG, Urteil vom 21. April 2020 â L 4 R 703/19 ZV â JURIS-Dokument, RdNr. 60; SÃ¤chsisches LSG, Urteil vom 21. April 2020 â L 4 R 461/19 ZV â JURIS-Dokument, RdNr.Â 63). Die Glaubhaftmachung des Zuflusses einer JahresendprÃ¤mie in einer MindesthÃ¶he schlieÃt es gerade nicht aus, dass tatsÃ¤chlich ein hÃ¶herer Verdienst erzielt worden ist (vgl. dazu insgesamt: BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 4/22 B â JURIS-Dokument, RdNr. 17; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 3/23 B â JURIS-Dokument, RdNr. 13; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 4/23 B â JURIS-Dokument, RdNr. 13; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 5/23 B â JURIS-Dokument, RdNr. 13; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 6/23 B â JURIS-Dokument, RdNr. 13; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 7/23 B â JURIS-Dokument, RdNr. 13).

2. es sich bei den vom 5. und 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG herangezogenen Vorschriften der PrÃ¤mienfonds-VOen nach der Rechtsprechung des BSG um sogenannte âgenerelle Tatsachenâ (BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 â B 5 RS 2/18 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 8, RdNr. 13 ff; BSG, Urteil vom 9. Dezember 2020 â B 5 RS 3/20 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 11, RdNr. 13) handelt, die zur Tatsachenfeststellung beitragen kÃ¶nnen, soweit sie eine ihren Regeln entsprechende Lebenspraxis indizieren (BSG Urteil vom 27.Â Juni 2019 â B 5 RS 2/18 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 8, RdNr. 17). Dass den PrÃ¤mienfonds-VOen â wie auch der 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG wiederholt dargelegt hat â ein individueller Anspruch des einzelnen BeschÃ¤ftigten nicht entnommen werden kann, steht ihrer Einbeziehung in die WÃ¼rdigung aller GesamtumstÃ¤nde des Einzelfalls nicht entgegen, wie in den von der Beklagten immer wieder zitierten gegenteiligen landessozialgerichtlichen Entscheidungen behauptet wird (so beispielsweise: Bayerisches LSG, Urteil vom 24. Oktober 2019 â LÂ 1 RS 2/16 â JURIS-Dokument, RdNr.Â 48) (vgl. dazu insgesamt: BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â B 5 RS 4/22 B â JURIS-Dokument, RdNr. 19; BSG,

Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 3/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 15; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 4/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr.Â 15; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 5/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 15; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 6/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 15; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 7/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 15).

3. die PrÃ¤mienfonds-VOen â□□ nach der insoweit Ã¼bereinstimmenden und zutreffenden Auffassung aller Instanzgerichte â□□ zwar keine individuellen AnsprÃ¼che begrÃ¼nden und keine generellen RÃ¼ckschlÃ¼sse darauf erlauben, dass JahresendprÃ¤mien auch tatsÃ¤chlich zugeflossen sind. Gleichwohl kann ihnen aber Bedeutung bei der BeweiswÃ¼rdigung im Einzelfall zukommen. Dass allein aufgrund der Glaubhaftmachung des Zuflusses einer JahresendprÃ¤mie stets von einem Mindestbetrag auszugehen ist, ist dem â□□DDR-Rechtâ□□ nicht zu entnehmen und auch vom 5. und 7. Senat des SÃ¤chsischen LSG zu keinem Zeitpunkt angenommen worden. Der 5. und 7.Â Senat des SÃ¤chsischen LSG haben vielmehr nach eingehenden Ermittlungen zu den in den PrÃ¤mienfonds-VOen genannten Voraussetzungen und unter WÃ¼rdigung der GesamtumstÃ¤nde des Einzelfalls des jeweiligen KlÃ¤gers die Zahlung der JahresendprÃ¤mien nur fÃ¼r bestimmte Jahre jedenfalls in HÃ¶he eines Mindestbetrags als glaubhaft gemacht angesehen (vgl. dazu insgesamt: BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 4/22 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 21; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 3/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr.Â 17; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 4/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 17; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 5/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 17; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 6/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr.Â 17; BSG, Beschluss vom 7. September 2023 â□□ B 5 RS 7/23 B â□□ JURIS-Dokument, RdNr. 17).

Â

3.

Soweit die Beklagte â□□ bezogen auf den konkreten Fall im vorliegenden Verfahren â□□ schlieÃ□lich meint, das Sozialgericht gehe fehl, wenn es fÃ¼r die Anspruchsjahre 1975 bis 1977 auf einen betriebskollektivvertraglich geregelten JahresendprÃ¤mienanspruch dem Grunde nach abstelle, weil es hierfÃ¼r nicht auf die Â§Â§ 28 Abs. 1, 117 Abs. 1, 118 Abs.Â 1 DDR-AGB mit Inkrafttreten am 1. Januar 1978 abstellen kÃ¶nne und das DDR-AGB vom 12.Â April 1961 in der Fassung vom 23. November 1966 keine der im DDR-AGB vom 16.Â Juni 1977 gesetzlich verankerten zwingenden Festlegungen zur JahresendprÃ¤mie enthalten habe, trifft dies nicht zu:

Â

Zum einen war der Abschluss eines Betriebskollektivvertrages nach Â§ 14 Abs. 1

DDR-AGB vom 12.Â April 1961 (DDR-GBl. I 1961, Nr. 5, S. 27) in der Neufassung vom 23. November 1966 (DDR-GBl. I 1966, Nr. 15, S. 127) nicht minder zwingend vorgeschrieben, wie nach Â§Â 28 Abs. 1 DDR-AGB vom 16. Juni 1977. Denn nach Â§ 14 Abs. 1 Satz 1 DDR-AGB war der Betriebskollektivvertrag (unter aktiver Teilnahme der WerktÃ¤tigen und in zeitlicher Ãbereinstimmung mit der Vorbereitung und Ausarbeitung des Betriebsplanes) zu erarbeiten, nach Â§ 14 Abs. 1 Satz 2 DDR-AGB war der Betriebskollektivvertrag (auf einer Belegschafts- oder Vertrauensleuteversammlung) zu bestÃ¤tigen und nach Â§ 14 Abs. 1 Satz 3 DDR-AGB wurde der Betriebskollektivvertrag (mit der Unterzeichnung) verbindlich. Der Betriebskollektivvertrag war â gemÃ¤Ã der â Richtlinie des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB fÃ¼r die jÃ¤hrliche Ausarbeitung der BetriebskollektivvertrÃ¤geâ, die mit dem â Beschluss des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Richtlinie fÃ¼r die jÃ¤hrliche Ausarbeitung der BetriebskollektivvertrÃ¤geâ vom 18. April 1973 (DDR-GBl.Â I 1973, Nr. 24, S. 213) verbindlich in Kraft gesetzt wurde â jÃ¤hrlich in Ãbereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan, grundsÃ¤tzlich bis zum 31. Dezember des Vorjahres, abzuschlieÃen, und zwar fÃ¼r jeden volkseigenen und ihm gleichgestellten Betrieb sowie fÃ¼r jeden Betrieb eines Kombinats (vgl. dazu auch: Autorenkollektiv unter Leitung von Kunz, â Lexikon des Arbeitsrechts der DDRâ, 1972, Staatsverlag der DDR, S. 117 zum Stichwort â Betriebskollektivvertrag).

Â

Zum anderen waren die JahresendprÃ¤mienbedingungen nach Â§ 53 DDR-AGB vom 12.Â April 1961 (DDR-GBl. I 1961, Nr. 5, S. 27) in der Neufassung vom 23. November 1966 (DDR-GBl. I 1966, Nr. 15, S. 127) nicht minder zwingend in dem (jeweiligen) Betriebskollektivvertrag zu regeln, wie nach Â§ 118 Abs. 1 DDR-AGB in Verbindung mit Â§Â 28 Abs. 2 Satz 3 DDR-AGB vom 16. Juni 1977. Denn nach 53 Abs. 2 DDR-AGB waren die PrÃ¤mienmittel so zu verwenden, dass die WerktÃ¤tigen an hohen individuellen Arbeitsleistungen und durch kollektive Zusammenarbeit an hohen Ergebnissen des Betriebes, vor allem Ã¼ber die JahresendprÃ¤mie, interessiert waren, nach Â§ 53 Abs. 3 DDR-AGB waren fÃ¼r die GewÃ¤hrung von PrÃ¤mien Kriterien festzulegen, die von den WerktÃ¤tigen direkt zu beeinflussen und abrechenbar waren und nach Â§ 53 Abs. 4 DDR-AGB waren die PrÃ¤mienbedingungen unter Einbeziehung der WerktÃ¤tigen auszuarbeiten und im Betriebskollektivvertrag zu vereinbaren. In den BetriebskollektivvertrÃ¤gen waren â gemÃ¤Ã der â Richtlinie des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB fÃ¼r die jÃ¤hrliche Ausarbeitung der BetriebskollektivvertrÃ¤geâ, die mit dem â Beschluss des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Richtlinie fÃ¼r die jÃ¤hrliche Ausarbeitung der BetriebskollektivvertrÃ¤geâ vom 18. April 1973 (DDR-GBl. I 1973, Nr. 24, S. 213) verbindlich in Kraft gesetzt wurde â (zwingend) unter anderem die Festlegungen Ã¼ber die Formen der PrÃ¤mierung, insbesondere Ã¼ber die Zahlung von JahresendprÃ¤mien, aufzunehmen (vgl. dazu auch: Thiel in: Michas / Thiel / BoÃmann / Kirschner / Petter / Kunz / PÃ¼schel / Trube, â Arbeitsrecht der DDRâ, 1968, Staatsverlag der DDR, S. 84; ebenso: Autorenkollektiv unter Leitung von Kunz, â Lexikon des Arbeitsrechts der DDRâ,

1972, Staatsverlag der DDR, S.Â 117 zum Stichwort â□□Betriebskollektivvertrag).

Â

Im Ã□brigen wurden diese zwingenden Festlegungen der Voraussetzungen zur GewÃ¤hrung von JahresendprÃ¤mien im Betriebskollektivvertrag in den staatlichen PrÃ¤mienverordnungen bereits seit 1972 konkretisiert, sodass diese auch fÃ¼r die von der Beklagten angezweifelten Planjahre 1975 bis 1977 bereits galten: So legten sowohl die PrÃ¤mienfond-VO 1972 in der Fassung der 2. PrÃ¤mienfond-VO 1973, als auch die PrÃ¤mienfond-VO 1982 jeweils staatlicherseits (verbindlich) fest, dass die Verwendung des PrÃ¤mienfonds, die in den Betrieben zur Anwendung kommenden Formen der PrÃ¤mierung sowie die dafÃ¼r vorgesehenen Mittel im Betriebskollektivvertrag festzulegen waren (Â§ 5 Abs. 2 Satz 1 PrÃ¤mienfond-VO 1972, Â§Â 8 Abs. 3 Satz 1 und 2 PrÃ¤mienfond-VO 1982). Dabei war, ohne dass ein betrieblicher Ermessens- oder Beurteilungsspielraum bestand, in den BetriebskollektivvertrÃ¤gen zu vereinbaren bzw. festzulegen, unter welchen Voraussetzungen JahresendprÃ¤mien als Form der materiellen Interessiertheit der WerktÃ¤tigen an guten Wirtschaftsergebnissen des Betriebes im gesamten Planjahr angewendet wurden (Â§ 5 Abs. 2 Satz 2 Spiegelstrich 2 PrÃ¤mienfond-VO 1972, Â§ 8 Abs. 3 Satz 3 Spiegelstrich 4 PrÃ¤mienfond-VO 1982).

Â

Vor diesem Hintergrund ist das Sozialgericht Dresden zu Recht davon ausgegangen, dass auch fÃ¼r die Planjahre 1975 bis 1977 als glaubhaft gemacht anzusehen ist, dass fÃ¼r jedes Jahr im Zeitraum von 1975 bis 1977 ein Betriebskollektivvertrag abgeschlossen war und dass in den BetriebskollektivvertrÃ¤gen der Anspruch und die Voraussetzungen fÃ¼r die GewÃ¤hrung und die HÃ¶he der JahresendprÃ¤mien vereinbart waren. Auf einen allgemeinen, nicht auf den rechtlichen Grundlagen der DDR zum damaligen Zeitpunkt fuÃ□enden, Erfahrungssatz, dass in den BetriebskollektivvertrÃ¤gen tatsÃ¤chlich Vorgaben zur Verwendung der JahresendprÃ¤mien enthalten waren, kommt es damit â□□ entgegen der Behauptungen der Beklagten â□□ nicht an.

Â

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â§ 183, 193 SGG. Sie berÃ¼cksichtigt Anlass, Verlauf und Ergebnis des Verfahrens.

Â

IV.

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision nach Â§ 160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Â

Â

Â

Erstellt am: 19.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024